

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal, Sonntag einmal. Preis: 1 Mark. In den Provinzen 1 Mark 50 Pfennig.



Abonnements-Preis durch d. Post bezogen, vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark.

Berliner Tageblatt

Nr. 526

37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Donnerstag

15. Oktober 1908

Siehe die Illustrierte Halbwochen-Chronik 'Der Welt-Spiegel' Nr. 83.

Fromme Wünsche?

Von (Nachdruck verboten.)

Henry F. Urban (New-York).

Durch den Tod Sped v. Störburgs ist die Neubekämpfung des Vorkriegsproblems in Washington nötig geworden. Die Neubekämpfung, so verlaute, wird von maßgebender Stelle mit 'ganz besonderer Sorgfalt' erwoogen und unter Verhütung der 'ungewöhnlichen Wichtigkeit', die der Vertretung des Deutschen Reiches in Washington beizumessen ist.

Wichtige Probleme wird auch der Nachfolger kaum zu lösen haben. Wozu also die fürchterliche Wichtigkeit mit der Washington-Vertretung, als ob davon Deutschlands Dasein abhängig? Von irgendeiner Seite ist der Vorkriegsdiplomaten worden, der Vorkriegsdiplomaten, sondern mit einem ganz gewöhnlichen Sterblichen aus dem praktischen Leben befehrt werden.

Noch eine andere amerikanisch-deutsche Frage verdient gerade jetzt das Interesse weiserer deutscher Kreise: der Schutz deutschen geistigen Eigentums in den Vereinigten Staaten. Durch die Tagung der Berner Konvention in Berlin ist die Frage nur noch lebendiger geworden. Sie dreht sich um die beständige Tatsache, daß das geistige Eigentum von Amerikanern in Deutschland den gleichen Schutz genießt wie das deutsche, während deutsche Geisteserzeugnisse, vor allen Dingen literarische, in Amerika keinen Schutz genießen.

Amerika schutzlos macht. Er hat daher diese Bestimmung (manufacturing clause) dahin gemildert, daß fremde Autoren wenigstens auf ein Jahr ohne die Ges- und Druckbestimmung, und kostenlos, ihre geistigen Erzeugnisse in Amerika schützen lassen können. Aber auch diese Milderung ist mit zu ärgerlichen Unzulänglichkeiten verbunden.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß dieser skandalöse Zustand in Amerika Bestandiger finden kann. Daß deutsch-amerikanische Verleger für den jammervollen Zustand schreien, ist erklärlich. Geradezu heiser ist aber die Forderung, daß die deutschen Autoren den 'armen' deutsch-amerikanischen Verlegern das Opfer der Nachdruckverweigerung sollten, da die meisten deutsch-amerikanischen Zeitungen nicht zahlen könnten und ihre Blätter eingehen würden, wenn sie zahlen müßten.

Ganz ohne Zweifel ist es eine der vornehmsten Pflichten der deutschen Regierung, den Schutz deutscher geistiger Erzeugnisse in Amerika durchzusetzen. Sie hat auch in jüngster Zeit durch die amerikanische Tarifkommission, die Anfang 1908 in Berlin war, die amerikanische Regierung um Abstellung der Härten des amerikanischen Gesetzes er sucht — was wenig bekannt sein dürfte. Vielleicht empfähle sich eine noch deutlichere Sprache, die eine Kündigung des unglücklichen Literaturvertrages vom 15. Januar 1892 in Aussicht stellt, wenn in Washington nicht ein gerechtes Urheberrechtsgesetz erlassen wird.

Im geräuschloser deutscher Volkstafel und Schutz deutschen Geistes Eigentums in Amerika — werden es fromme Wünsche bleiben? * Im Verlaufe der gestrigen Sitzung der Zweiten Internationalen Konferenz zur Revision der Berner Urheberrechtsvereinbarung, über deren Eröffnung wir im Abendblatt berichteten, wurden, wie amtlich mitgeteilt wird, von Vertretern von Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Australien und der Dominikanen, für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Anhang durch d. Blatt möglich.

ein Umsturz zu Gunsten des Anschlusses bemerkbar. In den Generalstaaten habe man sogar einen dahingehenden Vorschlag unterbreitet, und wenn dieser noch nicht angenommen sei, so habe dies seinen Grund lediglich darin, daß man erst die Ergebnisse der gegenwärtigen Konferenz abwarten wolle.

Spitzbergen.

Die Spitzbergenkonferenz erscheint, wie wir vernehmen, nunmehr gefestigt. Norwegen hat befallig noch einiger Zeit Einladungen an eine Anzahl Mächte ergehen lassen, um verschiedene, Spitzbergen betreffende Fragen in gemeinsamen Besprechungen international zu regeln. Solange Schweden, das gleich Norwegen Vorkriegsprüfung auf Spitzbergen erheben möchte, in dieser Angelegenheit absteht, hand, ergehen es fraglich, ob das Vorgehen Norwegens Erfolg haben würde.

Die Konferenz.

Das Bureau Reuter hat eine Meldung verbreitet, wonach neben der böhmischen und der bulgarischen Frage (von den Dardanellen ist in der Meldung nicht die Rede) auch die Aretasfrage und die serbischen Ansprüche auf der Konferenz zur Sprache kommen sollen. Das ist die Auffassung Sir Edward Greys, in der Delegation die Ansicht des englischen Ministers nimmt man an, daß in der Delegation die Ansicht des englischen Ministers des Heeres Lord Grey über die Vorgänge, mit denen die Konferenz sich beschäftigen soll, nicht zufrieden zu wiedergeben sind.

Tswolskis Abreise verschoben.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 14. Oktober.

Minister Tswolski hatte heute nachmittag wieder eine längere Unterredung mit Sir Edward Grey. Abends findet Dinner in der russischen Botschaft statt. Auf diesem werden teils neue Premierminister Kautsky, Sir E. Grey, Lord Grey, Lord Cromer, Lord Morley, Unterstaatssekretär Sir G. Hardinge, Marineminister Sir John Fisher, Schatzsekretär Lloyd George und andere. Die russische Botschaft gibt bekannt, daß Tswolski seine Abreise aufgeschoben hat.

Das Konferenzprogramm.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Petersburg, 14. Oktober.

Wie hier verläutet, ist zwischen dem Minister des Auswärtigen Tswolski und dem Staatssekretär Grey in den Hauptpunkten über die Balkanfragen ein völliges Einvernehmen zustande gekommen. Die Einzelheiten werden morgen in Paris ausgearbeitet werden, wo Tswolski zur Fortsetzung der Beratungen mit der französischen Regierung eintrifft. Die Hauptpunkte des geplanten Einvernehmens lassen sich in folgendem zusammenfassen: Die westeuropäischen Mächte mit Rußland, Frankreich und England und aller Wahrscheinlichkeit nach auch mit Deutschland an der Spitze werden der Türkei vorschlagen, die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens als vollzogene Tatsache anzuerkennen, ebenso die Anexion Bosniens und der Herzegovina. Die übrigen Fragen, mit denen sich die Konferenz beschäftigen wird, betreffen die kleinen Balkanstaaten, ihre Kompensationen, die Zahlungen Bulgariens an die Türkei und schließlich auch die Dardanellenfrage, die nicht direkt angefordert, sondern in der Weise von selbst gelöst werden soll, daß die Mächte die Integrität der europäischen Besitzungen der Türkei für die Zukunft garantieren und das Schwarzmeer in ein mare clausum verhandelt wird, zu dem nur den angrenzenden Mächten der Zutritt gestattet sein soll. (Die Red.) Rußland wird keine Kompensationen